

Europäischer Austausch **European Exchange**

Geschäftsbericht 2020

Europäischer Austausch gGmbH
Erkelenzdamm 59
10999 Berlin

Tel 030 616 71 464-0
www.european-exchange.org

Inhalt

Einführung 3
Die Kyjiwer Gespräche 4
Die Europäische Plattform für Demokratische Wahlen – EPDE 8
Die Initiative Quorum 10
Mitgliedschaften und Kooperationen 14
MitarbeiterInnen 14

Einführung

Der Europäische Austausch konnte im Jahr 2020 trotz der durch die Pandemie entstandenen Einschränkungen seine drei Programme – die „Kyjiwer Gespräche“, die „Europäische Plattform für Demokratische Wahlen“ (EPDE) und die „Initiative Quorum“ - ein Angebot der politischen Bildung für Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion - stabilisieren und weiter ausbauen.

Internationale etablierte Partnerschaften der Programme EPDE und der Kyjiwer Gespräche haben sich als ausreichend stabil und vertrauensvoll erwiesen, um die Belastungen, die die coronabedingte Isolation mit sich gebracht hat, zu überstehen. Kooperationen und bereits geplante Aktivitäten der politischen Bildungsarbeit und der internationalen politischen Advocacy konnten in den online Modus verlegt werden. Die Teams waren in der Lage, kreativ auf die Herausforderungen zu reagieren und neue Formate der Kooperation online zu entwickeln. Die Initiative Quorum – das jüngste der drei Programme - mit ihrer Zielgruppe in Deutschland, hat über das Jahr 2020 Arbeitskontakte v.a. mit Berliner freien Trägern und Think Tanks ausgebaut und Methoden der Bürgerbeteiligung und der politischen Bildung für die Zielgruppe der BürgerInnen aus der Ex-UdSSR entwickelt. Die drei Programme sind inzwischen zu festen Größen im Feld der internationalen bzw. einheimischen Demokratieförderung geworden. Synergien zwischen den drei Programmen und Austausch in der methodischen Theorie und Praxis von Bürgerbeteiligung verleihen der Arbeit des Europäischen Austausch Dynamik und ermöglichen es, passende zielgruppenspezifisch zugeschnittene Angebote zu entwickeln.

Die zunehmend autoritären Tendenzen in der Östlichen Nachbarschaft und der Russischen Föderation wurden im Jahr 2020 durch die brutale Unterdrückung der Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus und das illegitime Verfassungsreferendum in der Russischen Föderation besonders markiert. Hunderte von politischen Gefangenen in beiden Ländern verdeutlichen, dass der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in Europa notwendig ist, einen langen Atem erfordert und für viele Akteure vor Ort auch einen hohen persönlichen Preis hat. Der Europäische Austausch, der für die Grundwerte der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 und der Schlussakte von Helsinki von 1975 eintritt, sieht sich durch die erschwerten politischen Rahmenbedingungen besonders herausgefordert. Gute Kooperationen mit langjährigen Partnern in der internationalen Demokratieförderung wie den politischen Stiftungen, etablierten Think Tanks, PolitikerInnen und wissenschaftlichen Einrichtungen ermöglichen kontinuierlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, der nötig ist, um angemessene und sinnvolle Strategien für die Arbeit im „shrinking space“ für Zivilgesellschaften in anti-demokratischen Gesellschaften der Ex-UdSSR zu entwickeln. Die bereits etablierten Förderungen der Arbeit des Europäischen Austausch gGmbH durch das Auswärtige Amt, das Bundesinnenministerium und die Europäische Union ermöglichen es der Organisation trotz rein projektgebundener Zuwendungen dennoch ein kontinuierlich sich entwickelndes Angebot auf hohem professionellem Niveau mit einem erfreulich stabilen und motivierten Mitarbeiterstamm zu entwickeln.

Die Ukraine erlebte 2020 dank einer fortgeschrittenen Dezentralisierungsreform eine Blüte bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene. Diese beförderte den Wandel von einer post-sowjetischen, paternalistischen zu einer für politische Teilhabe der BürgerInnen offenen und aktiveren Gesellschaft. Das regionale Arbeit der Kyjiwer Gespräche befähigte BürgerInnen, die soziale und politische Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden zu beeinflussen und staatliches Handeln vor Ort zu kontrollieren. Die Lokalwahlen im Oktober 2020 galten als Meilenstein: reformorientierte, zivilgesellschaftliche Akteure - darunter zahlreiche aus dem Projektumfeld - als KandidatInnen für politische Ämter ins Spiel.

Die Projektarbeit der Kyjiwer Gespräche in der Ukraine wurde von der Partnerorganisation *International Renaissance Foundation* in Kyjiw koordiniert und mit Hilfe von fünf regionalen NGO's umgesetzt. Unter den schwierigen Umständen einer weltweiten Gesundheitskrise erschien die kontinuierliche Zusammenarbeit der Kyjiwer Gespräche mit der aktiven Zivilgesellschaft und die stabilisierende Wirkung der Partnerorganisationen in den Klein- und Mittelstädten umso wichtiger. Gleiches gilt für die Informationen über die Ukraine in Deutschland und die Onlinepräsenz des Programms, die 2020 auch in Deutschland ausgebaut werden konnte.

Kern des Capacity Building für die Zivilgesellschaft in der Ukraine waren 2020 wie bereits im Vorjahr regionale Fortbildungsreihen, die von den Koordinatoren konzipiert und organisiert wurden. Das Netzwerk arbeitete in drei Themen-Clustern:

- „Jugend und Politik in der Kommune“ - Tscherkasy, Uschhorod und Mariupol
- „Smart City und transparente Budgets“ - Odesa und Slowjansk
- „Methoden der Bürgerbeteiligung“ - Lwiw, Mykolajiw und Charkiw



Das Frühjahr war durch den Beginn der Pandemie und einen harten Lockdown geprägt, welcher in der Ukraine von März bis Juli andauerte. Sämtliche Projektveranstaltungen wurden online organisiert oder verschoben. Internationale und nationale Reisebeschränkungen erforderten ebenfalls Umstellungen für den Erfahrungsaustausch. In den Sommermonaten konnten einige Treffen der KoordinatorInnen mit Teilnehmern und Partnern unter freiem Himmel durchgeführt werden. Dies war hilfreich, um den persönlichen Kontakt zu pflegen. Die online-basierten Formate sind bis Dezember weiterhin gut besucht worden, wenn auch mit der Zeit ein Rückgang des

Interesses der Zielgruppe an Online-Arbeit zu beobachten war. Gleichzeitig war es den Teilnehmenden durch das Fehlen von Veranstaltungen, Öffentlichkeit und beispielsweise Bürgersprechstunden in den Kleinstädten erschwert, ihre Kenntnisse aus den Seminaren anzuwenden und ihre Anliegen vor Ort an Verwaltungen und Entscheidungsträger*innen heranzutragen. Von März 2020 bis Projektende im Dezember war die Projektwirkung so durch die Corona-Krise beeinflusst.

Fünf Netzwerkforen fanden 2020 zur Vernetzung der Akteure in der Ukraine statt.

1) Cluster "Smart City und transparente Budgets", Slowjansk und Online

Zu "Smart Region - Wissenschaft. Business. Innovationen" debattierten im September führende Experten. Der Minister für Digitale Transformation der Ukraine eröffnete das Forum via Video. Gemeindevertreter berichteten über Implementierungsschritte für „smarte“ Instrumente.

2) Gründungstreffen der Alumni-Gemeinschaft, Online

Der Kick-off der Alumni-Gemeinschaft fand im Juli online statt. Das von einer AG entwickelte Konzept wurde vorgestellt und um Bedarfe und Ideen der Teilnehmer*innen erweitert. Zuvor wurde ein virtuelles Kennenlernen in einer Facebook-Gruppe moderiert: die Teilnehmer stellten sich nacheinander mit Foto und Steckbrief vor. Zur Alumni-Gemeinschaft wurden zunächst ca. 50 Personen aus allen Regionen eingeladen. Sie wurden in der Folge in Aktivitäten im Herbst 2020 involviert.

3) Netzwerktreffen der Alumni-Gemeinschaft "Dialog der Kleinstädte", Kyjiw

Im Oktober fand das Netzwerkforum der Alumni-Gemeinschaft im Rahmen der "Deutschen Wochen" der Deutschen Botschaft in Kyjiw statt. Es kamen 30 Alumni zusammen. 107 weitere Personen haben das Online-Event im Rahmen des Treffens verfolgt.

4) Cluster "Jugend und Politik in der Kommune", Tscherkassy

Im Oktober fand ein Präsenztreffen mit Schwerpunkt lokale Jugendinitiativen statt. Die Teilnehmer lernten junge Aktivisten kennen und erhielten Einblicke in best-practices von Jugendräten in der Region.

5) Cluster "Methoden der Bürgerbeteiligung", Online

Es erschienen zwölf Experten-Talks in Videoform mit ReferentInnen aus den Regionen. Auf Facebook erreichte das populärste Video über 2.000 Views.

In der **Kleinprojektförderung** fanden im Jahr 2020 zwei Ausschreibungsrunden statt: während des Lockdowns im April sowie im Herbst. Aus 35 Anträgen wählte die Fachjury im Frühjahr 15 Projekte aus. Pandemiebedingt wurde das neue Thema Nachbarschaftshilfe hinzugenommen. Die zweite Runde richtete sich an Mitglieder neu gegründete Alumni-Gemeinschaft und umfasste 7 geförderte Projekte. Die Themen Jugendpolitik in der Kommune und Öffentliche Räume und Dritte Orte waren Schwerpunkte der Initiativen. Alle Kleinprojekte konnten im Herbst erfolgreich abgeschlossen werden.

Als Ersatz für eine 2020 nicht durchführbare Studienreise wurde das **Online-Format** "Berliner Gespräche" für den internationalen Erfahrungsaustausch entwickelt. Themen der Veranstaltungsreihe waren: "Möglichkeiten für junge Menschen aus der Ukraine in Deutschland", "Kommunikationen zwischen Stadtverwaltung und Stadtbewohnern mit Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsgruppen (am Beispiel Berlins)", "Kultur und sozialer Wandel ist Ostsachsen", "Was bedeutet der Schutz personenbezogener Daten und was hat das mit Demokratie zu tun?" und "Internationale Jugendbegegnungen - wie kann man mitmachen?". In der Regel nahmen ca. 20 Personen teil.

Eine externe **Evaluation** ermittelte im Herbst 2020 die Wirkung, Stärken und Schwächen sowie mögliche Zukunftsperspektiven für die regionale Arbeit der Kyjiwer Gespräche. Sie ergab, dass sowohl die Alumni als auch die KoordinatorInnen den Aufbau von Sozialkapital als wichtigstes Ergebnis des Projekts betrachteten. Es ist ein Netzwerk oder, wie manche es nannten, eine

Gemeinschaft von Gleichgesinnten entstanden, die voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen und sich untereinander bei der Entwicklung ihrer Kleinstädte helfen. Mitglied dieser Gemeinschaft zu sein, gibt den Teilnehmenden Energie und Motivation und macht es einfacher, vor Ort neue Aktive zu gewinnen. Die Vernetzung war zuerst überwiegend regional entstanden, die Teilnehmer aus einer Region lernten einander in den Seminaren gut kennen. Ab Sommer 2020 haben sich zunehmend Kontakte zwischen den beteiligten Regionen entwickelt. Die wesentlichen Ergebnisse der Evaluation sind:

- Zugang zu Wissen und Kompetenzen für BürgerInnen und Gemeinden
- Neue Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen und städtischer Verwaltung wurden eingeführt
- Aufbau neuer zivilgesellschaftlicher Netzwerke
- Anschaffung von Infrastruktur in den Kommunen
- Die Teilnehmenden haben gelernt, kommunale Projekte zu planen und umzusetzen
- Entwicklung der Freiwilligenarbeit
- Gründung neuer NGOs lokaler Ebene

Als **Resümee** sei festgehalten, dass 2020 in der Ukraine fachkompetente Initiativen, zivilgesellschaftliche AktivistInnen und NGOs in der Regel in den Oblast-Zentren und größeren Städten zu finden waren, bislang jedoch weniger in den Mittel- und Kleinstädten oder den neugebildeten territorialen Gemeinden. Hier konnten die Kyjiwer Gespräche die Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure nachhaltig erhöhen. Lokale Initiativgruppen wurden gestärkt, ihre Mitglieder erhielten neue Fähigkeiten und den Zugang zu best practices aus anderen Städten, Regionen und Ländern. Die Teilnehmenden wurden befähigt, politische Entscheidungsprozesse zu verfolgen und zu analysieren und mit Hilfe von Methoden der Bürgerbeteiligung für Lösungsansätze auf lokaler Ebene zu sorgen. Im Projektverlauf wurden solche Themen bearbeitet, die direkt die Lebensqualität der Bevölkerung beeinflussen, und die im Verantwortungsbereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. Politische Teilhabe einer starken Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, Reformprozesse in den Kommunen besser zu verankern und ihre Akzeptanz und Erfolgchancen zu erhöhen. Der erweiterte Verantwortungsbereich der Kommunen durch die Dezentralisierungsreform erhöht das politische Gewicht dieses Ansatzes. Der Gefahr von Intransparenz und Machtmissbrauch durch regionale Eliten soll dadurch entgegengewirkt werden. Das Projekt hat dazu 2019 und 2020 einen Beitrag in über 30 Kleinstädten in der Ukraine leisten können.



In Deutschland fand 2020 die **16. Jahreskonferenz der Kyjiwer Gespräche** fand zum Thema "7 Jahre Euromaidan: Reformen oder Revanche?" im November 2020 Lockdown-bedingt zum ersten Mal seit Bestehen größtenteils online statt. Die BesucherInnen der Konferenz hatten die Möglichkeit, sich im Internet an den Panels und Diskussionen zu beteiligen. Es war ein besonderes Anliegen, diese zentrale Konferenz für den deutsch-ukrainischen Austausch auch und gerade unter den

erschweren Bedingungen im Pandemiejahr 2020 nicht pausieren zu lassen. Insgesamt 24 ReferentInnen und ModeratorInnen, davon 13 aus der Ukraine und 10 aus Deutschland sowie eine Vertreterin der belarusischen Oppositionsbewegung diskutierten aktuelle Entwicklungen in und um die Ukraine - die kurz zuvor durchgeführten Lokalwahlen, die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU, die Freiheit der Medien und die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit (am Vorabend der Konferenz kam es in der Ukraine zu einer Verfassungskrise) sowie die Entwicklungen im Nachbarland Belarus und die Unterstützung durch die EU für die Ukraine. Online nahmen insgesamt mehrere hundert Menschen teil.

Zur Information über die Ukraine in Deutschland fanden u.a. zwei **Online-Diskussionen** statt. Unter dem Titel „Kyjiw statt Kiew. Muss das wirklich sein?“ debattierten Schriftsteller Serhij Zhadan, Politikerin Rebecca Harms und Osteuropa-Historiker Wilfried Jilge über Sprache und Identität in der Ukraine, sowie deren Wahrnehmung in Deutschland. Die Diskussion verfolgten im September 2020 über 150 Live-ZuschauerInnen auf verschiedenen Kanälen. Anlass der Veranstaltung war die Änderung der Schreibweise von „Kiewer Gesprächen“ zu „Kyjiwer Gespräche“. Eine Online-Diskussion zu "Lokalwahlen in der Ukraine: Chancen und Risiken für Demokratisierung vor Ort" fand im Oktober 2020 mit Olha Aivazovska (Wahlbeobachtungsorganisation OPORA), Iryna Slavova (Abgeordnete im Stadtrat) und Oleksandr Solontay (Experte für Dezentralisierung und Lokalverwaltung) zu Auswirkungen der Lokalwahlen auf die politischen Kräfteverhältnisse sowie Neuerungen in der Wahlgesetzgebung für rund 40 Teilnehmende statt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Kyjiwer Gespräche ist in der Ukraine und in Deutschland unterschiedlich konzipiert worden, da die Themen landesspezifisch sind. Im Jahr 2020 gewann die Öffentlichkeitsarbeit mit der in der Pandemie veränderten Arbeits- und Lebensweise stark an Bedeutung. In der Ukraine überstützt sie die Fortbildung und Vernetzung zur Bürgerbeteiligung in Klein- und Mittelstädten. Beispielweise wurden ab Sommer 2020 als Leitfäden zu lokaler Demokratieentwicklung in der Ukraine 17 Texte mit projektbezogenen Erfolgsgeschichten veröffentlicht. Von September bis November wurde die Kampagne #Weeks of Kyiv Dialogue durchgeführt, um die Projektergebnisse zu präsentieren.

- 8 Erfolgsgeschichten von Kleinstädten
- 8 Geschichten über die regionalen Besonderheiten und Profile der Regionen
- 1 Interview mit ProjektleiterInnen in Kyjiw und Berlin
- 4 Promo-Videos

Die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland nimmt auf Entwicklungen in der Ukraine genauso Bezug wie auf das Ukraine-Bild in Deutschland. Markenkern, für den die Kyjiwer Gespräche in Berliner Kreisen von Zivilgesellschaft und Politik bekannt sind: das größte und älteste deutsch-ukrainische Konferenzformat. Dieser Kern wurde 2020 erweitert: die Öffentlichkeitsarbeit kombinierte den Anspruch, die LeserInnen über die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in der Ukraine zu informieren, sowie über die Entwicklungen im Projekt in den Regionen. Schwerpunkte waren der Ausbau der Kommunikation auf Facebook und Twitter sowie die Produktion qualitativer Textserien für Website und den Newsletter. Die Artikelserie „Bridging The Distance – Corona in den Regionen“ im Frühjahr 2020 umfasste fünf Texte, die den deutschsprachigen LeserInnen die aktuelle Pandemielage und die damit verbundenen Herausforderungen für die Zivilgesellschaft näher brachte. Von September 2020 bis Dezember wurde mit #RegioUkraine eine achteilige Serie über die Regionen, in denen die Kyjiwer Gespräche 2019-20 aktiv waren, veröffentlicht. Großen Erfolg hatte die deutschsprachige Facebook-Seite, welche erst im Frühjahr 2020 eröffnet wurde und bereits im September über 1.000 Abonnenten erreichte.

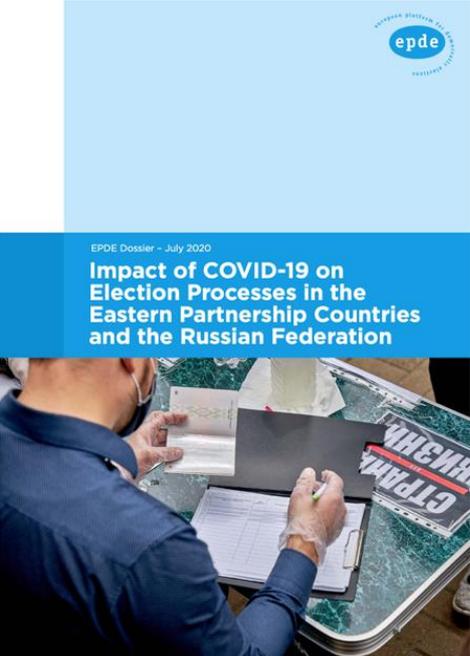
Die Europäische Plattform für Demokratische Wahlen – EPDE

www.epde.org/en/



Im Jahr 2020 haben die im März covidbedingt eingeführten Reise- und Versammlungseinschränkungen dazu geführt, dass viele geplante Maßnahmen und Events neu ausgerichtet bzw. im Online-Modus durchgeführt werden mussten. Der Schwerpunkt hat sich damit von Einsätzen vor Ort (u.a. Planungstreffen, Trainings) hin zu stationärer Arbeit, meist im Home-Office Modus (Analysen, Berichte, Online-Konferenzen) verschoben. Dadurch konnte aber auch die Arbeit an der im Jahr 2019 konzipierten "Datenbank zur Integrität von Wahlen" intensiviert werden, ebenso wie die Analysen zum Thema „Wahlen unter Pandemie-Bedingungen“. Generell konnte die politische Advocacy- und PR Arbeit des Projekts online fortgesetzt werden.

Die Organisation von **Runden Tischen** wurde im Frühjahr im Online-Format erfolgreich fortgesetzt. Es wurden aktuelle Themen mit EPDE-Mitgliedern sowie weiteren Wahlexperten von u.a. ODIHR/OSZE, IFES, aus dem Europaparlament (EP) und der Democracy and Election Group des EP diskutiert, u.a. die Durchführung von Wahlen sowie die Gewährleistung der Wahlbeobachtung unter Pandemiebedingungen. Als Resultat wurde ein Dossier über den Einfluss von Covid-19 auf Wahlprozesse und Wahlbeobachtungen in den ÖP Ländern in Kooperation mit den EPDE-Mitgliedern zusammengestellt. Ferner wurde das Thema „neue Abstimmungsmethoden“ (u.a. e-voting) aufgegriffen, das in der Ukraine im Vorfeld der Kommunalwahlen diskutiert und in Russland im Rahmen eines Pilotprojekts für die Regionalwahlen implementiert wurde.



ELECTORAL INTEGRITY DATABASE

Electoral integrity is at stake in a series of states in the wider Eastern Neighborhood. This database is set up to enable monitoring of two critical phenomena challenging the quality of elections and of election observation in the region. The databases contained herein are built on open source materials and are regularly updated by EPDE member organizations and election experts.



Catalogue of Recommendations on Electoral Reform

EPDE member organizations acknowledge that a considerable majority of election-related recommendations remain unaddressed by relevant lawmakers – often for years. To support citizen observer organizations' efforts in tracking the implementation of recommendations, EPDE developed this open source multi-country online catalogue. To date, the database contains over 490 recommendations pertaining to elections held between 2012 and 2018 in the wider Eastern Neighborhood region. EPDE is regularly publishing comparative reports on the implementation of election-related recommendations in specific areas.

To access this database go to
→ electoral-reform.org

REPORTS
All reports on the implementation of election-related recommendations can be found here.



Database of Politically Biased Election Observers

Not only elections can be falsified – also election observation can be imitated. The Russian Federation and Azerbaijan are among the frontrunners of states that systematically invite politically biased international election observers – often members of European parliaments – to whitewash fraudulent elections. Without clear methodology and ignoring international standards these "election observers" try to legitimize falsified or illegitimate elections. Thereby they destroy trust in elections and discredit critical and independent election observation in the region. This database contains 374 names of notorious "fake election observers" from over 60 countries.

To access this database go to
→ fakeobservers.org

REPORTS
All reports on politically biased election observation can be found here.

Es folgten zwei weitere **Online-Veranstaltungen** zu Wahlen in der Zielregion der ÖPR.

In der zweiten Jahreshälfte wurde die "**Datenbank zur Integrität von Wahlen**" veröffentlicht, die zwei Bereiche enthält: a) Empfehlungskatalog zur Wahlreform und b) Datenbank der politisch voreingenommenen Wahlbeobachter (<https://www.electoral-integrity.org>).

Der erste Bereich ist den Empfehlungen einheimischer Wahlexperten gewidmet, die darauf abzielen, demokratische Wahlreformen zu stärken und die Wahlintegrität zu verbessern. Der zweite Bereich umfasst Angaben zu politisch voreingenommener Wahlbeobachtung zusammen, die die Ergebnisse etablierter Wahlbeobachtungsmissionen diskreditieren und betrügerische Wahlen beschönigen oder illegitime Wahlen legitimieren sollen.

Bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung der Datenbank Ende Juni 2020 haben Journalisten in mehreren europäischen Ländern über prominente Politiker berichtet, die sich bereits an politisch voreingenommenen Wahlbeobachtungen in Aserbeidschan und in Russland beteiligt haben.

The Case of AFRIC

Anton
Shekhovtsov



In 2020 wurden **Recherchen** zu Netzwerken von politisch motivierten Wahlbeobachtung bei den Parlamentswahlen in Aserbeidschan und bei dem Verfassungsplebiszit in Russland durchgeführt. Eine weitere Recherche wurde den Einsätzen von „fake“ Wahlbeobachtern auf dem afrikanischen Kontinent gewidmet. Es wurde eine Briefaktion eingeleitet, um zu erfahren, inwieweit Parlamente in demokratischen Ländern über die Einsätze ihrer Mitglieder informiert sind und ob effektive Mechanismen existieren, um solche Einsätze zu unterbinden. Der globale Wahlbeobachtungsverband Global Network of Domestic Election Monitors (GNDEM), dem EPDE angehört, hat die Electoral Integrity Datenbank der EPDE als eine der globalen „best practise“ Aktivitäten eingestuft.

Die EPDE hat im vierten Quartal des Projekts umfassende **Advocacy Maßnahmen** im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in Belarus und in der Republik Moldau, den Parlamentswahlen in Georgien sowie den Kommunalwahlen in der Ukraine durchgeführt. In Belarus war das EPDE Sekretariat aktiv an der Redaktion und Verbreitung des Abschlussberichts der Wahlbeobachtung ihrer Mitglieder beteiligt (die Unterstützung der Langzeitwahlbeobachtung fand im Rahmen eines separaten Projekts statt, das durch das IfA zivik Programm gefördert wurde). Nach der Eskalation der Massenproteste in Belarus hat EPDE zusammen mit dem Berliner Think Tank Democracy Reporting International zwei Expertenrunden organisiert, um Bedingungen für die Durchführung von vorgezogenen Wahlen mit internationalen Experten zu sondieren. Bei den Wahlen in der Republik Moldau und in Georgien hat EPDE internationale Sichtbarkeitsmaßnahmen unternommen: Zum einen hat EPDE die Pressekonferenzen auf Englisch live über soziale Medien übertragen und teilweise englische Übersetzung von aktuellen Berichten gewährleistet, zum anderen hat EPDE weitere Kurzanalysen und Memos zu aktuellen Entwicklungen im Wahlkampf veröffentlicht. Ähnliche Maßnahmen wurden zu den Wahlen in der Ukraine zusammen mit den ukrainischen Partnern unternommen.

Aufgrund der Reiseeinschränkungen wegen Covid-19 wurde die für Juni 2020 geplante Sommerschule trotz fortgeschrittener Vorbereitungen abgesagt. Ein erstes Konzept für eine Online-Sommerschule mit Experten wurde erarbeitet und mit Mitgliedsorganisationen abgestimmt, welches aber keine Unterstützung im Netzwerk gefunden hat. Hieraus entstand jedoch die Idee einer Online-Trainingsplattform. Nach Abschluss des Projekts gründete die EPDE eine kleine Arbeitsgruppe von drei Mitgliedsorganisationen, die Erfahrung im Bereich Online-Trainingsangebote haben. In dieser Arbeitsgruppe wurde an einem Konzept für eine Online-Trainingsplattform gearbeitet, das den Bedürfnissen der EPDE Mitglieder entsprechen soll.

Die Initiative Quorum
www.initiative-quorum.org/de/



Die Initiative Quorum wurde 2020 mit dem Projekt „Informationsangebot für russischsprachige Wählerinnen und Wähler“ von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. In diesem Rahmen hat sie unterschiedliche online und offline- Formate umgesetzt.

Videoproduktion

In Zusammenarbeit mit dem Medienunternehmen Time Prints KG hat die Initiative Quorum verschiedene Videos zu Wahlen produziert, je eins zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg Rheinland-Pfalz und zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft.

Social Media

2020 baute die Initiative ihren Online Auftritt weiter aus und übersetzte den Podcast von Prof. Christian Drosten ins Russische. In der ersten Phase der Pandemie konzentrierte sich die Initiative Quorum auf die Informationen rund um Corona. Einzelne Zusammenfassungen der Mitteilungen der Bundesregierung, Informationen zur Pandemie und Posts zu Übersetzungen der Podcasts von Prof. Christian Drosten wurden auf Facebook von bis zu 15.000 Nutzern angesehen. Im Durchschnitt erscheinen auf der FB-Seite 12 Posts pro Woche, sie erreichen im Durchschnitt 15.000 Nutzer. Auch die Webseite www.initiative-quorum.org wurde weiter ausgebaut und konnte eine größere Leserschaft erreichen: einzelne Beiträge wurden insgesamt 274.523 Mal gelesen.

In der ersten Phase der Pandemie war ein Fehlen der zuverlässigen Informationen auf Russisch ein dringendes Problem, die russischen Quellen waren oft inakkurat oder absichtlich irreführend. Deswegen hat die Initiative von Anfang März bis Ende Mai den vom NDR produzierten Corona-Podcast von Prof. Christian Drosten ins Russische übersetzt. Einzelne Übersetzungen wurden bis zu 13.000 Mal angeklickt. Die Informationsangebote erreichten ein breites Publikum auch außerhalb der unmittelbaren Zielgruppe und wurden von großen russischen Medien wie Kommersant und Meduza zitiert und verlinkt.

Podiumsdiskussionen – Etablierung der Reihe „Quorum Chat: Gespräche über die Zukunft der Demokratie“

2020 hat die Initiative Quorum insgesamt 7 Podiumsdiskussion umgesetzt. Mit dieser Veranstaltung starteten wir in Kooperation mit dem Kulturverein PANDA platforma e.V. eine Reihe von Podiumsdiskussionen unter dem Titel "Quorum Chat: Gespräche über die Zukunft der Demokratie“. Anders als bei klassischen Podiumsdiskussionen ist dieser Reihe als offene Expertengespräche konzipiert, etwa die Hälfte der Veranstaltung ist ein direktes Gespräch der Podiumsteilnehmer mit dem Publikum, die Gäste werden aufgefordert, nicht nur Fragen zu stellen, sondern auch ihre Meinung zu äußern. So soll das Interesse der Zielgruppe an politischen Themen gestärkt und ihre aktive Auseinandersetzung damit gefördert werden.

1. Diskussion: „Die russischen Verfassungsänderungen: Was steckt dahinter?“

Bei dieser Diskussion ging es um die von Vladimir Putin eingeleitete Reform der russischen Verfassung, die nicht nur die Machtordnung in Russland, sondern auch die offizielle Position gegenüber dem "russischen Ausland" verändert hat. Um über die Folgen dieser Reform zu sprechen, haben wir uns mit der in Berlin lebenden Aktivistin und Journalistin Olga Romanowa ("Rus sidjaschaja") und dem Politologen und Journalisten Alexander Morozov (Karlsuniversität, Prag) im PANDA platforma zusammengefunden. An der Diskussion waren etwa 50 Gäste beteiligt, sie wurde vom Quorum-Programmleiter Nikolai Klimeniouk moderiert.

2. Diskussion: „Bedauerlicher Einzelfall oder Systemfehler? Deutsche Demokratie nach Thüringen“.

Darin wurde die Ereignisse in Thüringen aufgegriffen (Wahl des Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD). Wie soll man mit Randparteien umgehen? Gibt es eine Grauzone zwischen Demokratie und demokratischen Formalitäten? Ist alles, was im politischen Bereich legal ist, automatisch demokratisch und legitim? Diese Fragen diskutierten die 40 Gäste mit Medina Schaubert (Vorsitzende der CDU – Marzahn, Berlin), Walter Kaufmann (Leiter des Referats für Süd- und Osteuropa der Böll Stiftung), Dr. Dmitri Stratievski (SPD, Bezirksverordneter Steglitz-Zehlendorf, Berlin), Dietmar Schulmeister (Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. in Nordrhein-Westfalen).



3. Diskussion Helden, Täter, Opfer? Was bedeutet der Zweite Weltkrieg heute für uns? Die Erinnerungspraktiken und die Geschichtspolitik in Russland, Deutschland und Osteuropa.

Die per Zoom zugeschaltete Moskauer Anthropologin Alexandra Archipowa sowie die anwesenden Osteuropahistoriker Wilfried Jilge (DGAP) und Soziologe Misha Gabowitsch (Einstein-Forum, Potsdam) diskutierten Geschichtspolitik in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Deutschland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und deren Relevanz für das Verhältnis zwischen der postsowjetischen Community und der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland. Die Veranstaltung wurde ca. 750 Mal angesehen (Facebook und YouTube zusammengenommen).

4. Diskussion: „Proteste? Förderung? Bedingungsloses Grundeinkommen? Corona-Krise und soziale Ungerechtigkeit: Wer sind die Leidtragenden und was ist jetzt zu tun?“

Die COVID-19-Pandemie warf ein Schlaglicht auf alle Probleme in der Gesellschaft, insbesondere auf soziale Ungleichheiten. Sowohl die Krankheit selbst als auch die Quarantänemaßnahmen trafen die schwächsten Teile der Gesellschaft am stärksten. Diejenigen, die bereits wenig verdienten, hatten am meisten zu verlieren. Selbstständige haben es in der Krise viel schwerer als Menschen mit festen Arbeitsplätzen. Diejenigen, die bereits Krankheiten hatten, spürten die Auswirkungen der Epidemie, auch wenn sie nicht von der Infektion betroffen waren. Und auch die Krankheit selbst

hat sich als tödlicher für die sozial schwächeren und diskriminierten Gruppen erwiesen. Darüber sprach Nikolai Klimeniouk mit dem Politikwissenschaftler Alexej Jusupov (friedrich-Ebert-Stiftung) und der Philosophin und Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau (zugeschaltet) Nuria Fatychowa.

Die Veranstaltung wurde ca. 950 Mal angesehen (Facebook und YouTube zusammengenommen).



5. Diskussion: „Mehr Druck? Mehr Zusammenarbeit? Business as usual? Die neue Russlandpolitik Deutschlands nach dem Attentat auf Navalny und den Wahlen in Belarus.“

Nach der Vergiftung von Alexej Nawalny und Putins demonstrativer Unterstützung für den belarussischen Diktator Lukaschenko wurde in Deutschland und in der Europäischen Union debattiert, wie sie sich gegenüber Russland verhalten sollen. Stoppt man den Bau von Nord Stream-2? Können Sanktionen die Politik Russlands beeinflussen? Gibt es noch andere Möglichkeiten, Druck auf die russische Führung auszuüben? Wird der Druck nicht mehr schaden als nützen? Oder geht es nicht mehr um Einflussnahme, sondern um die Notwendigkeit, Russland zu bestrafen, auch zum eigenen Nachteil? An der Diskussion nahmen teil: Dr. Ute Kochlowski-Kadjaia, Projektleiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung für Russland und Zentralasien und (per Zoom zugeschaltet) Dr. Fabian Burkhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg, Herausgeber der Russland-Analysen.

Die Veranstaltung wurde ca. 900 Mal angesehen (Facebook und YouTube zusammengenommen).



6. Diskussion „Privates und Politisches in Zeiten von COVID“

Die Journalistin und Emotionssoziologin Polina Aronson und die Philologin Anke Hennig sprachen über die Auswirkungen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen auf die Gesellschaft und einzelne Menschen. Während der Pandemie sind wir nicht nur mit einer ungewohnten Bedrohung

konfrontiert, sondern auch mit ungewohnten Zwängen und Formen staatlicher Eingriffe in unser privates und soziales Leben sowie in unser Alltagsverhalten. Wir sind gezwungen, Masken zu tragen, aber das ist nicht für jeden eine freiwillige Entscheidung. Für die einen ist die Maske zu einem Zeichen des gegenseitigen Respekts und der staatsbürgerlichen Verantwortung geworden, für die anderen hingegen zu einem Symbol der Unterwerfung unter die Gewalt der Macht. Aber selbst für die verantwortungsvollsten - oder gehorsamsten - werfen Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen Fragen auf. Sind alle Maßnahmen gerechtfertigt? Warum sind Theater und Cafés geschlossen, aber die Geschäfte geöffnet? Auf welcher Grundlage entscheiden die Behörden, welche Bedürfnisse zu den Grundbedürfnissen und welche zu den Luxusbedürfnissen gehören. Die Veranstaltung wurde ca. 1100 Mal angesehen (Facebook und YouTube zusammengenommen).

7. Diskussion: Ist ein friedlicher Protest ein Protest von Schwächlingen?

Ein Gespräch über die Proteste in Belarus, die selbst vier Monate nach den vom Machthaber Alexander Lukaschenko gefälschten Wahlen nicht aufhörten, mit der in Deutschland lebenden belarussischen Theologin Natallia Vasilevich und der Philosophin, Beraterin der belarussischen Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja, Volha Shparaga (zugeschaltet). Dieses Thema war sehr wichtig für die postsowjetische Community in Deutschland, weil es viele, nicht nur aus Belarus stammende Bürger*innen, emotional berührte, sondern auch weil sich die Berichterstattungen in deutschen und in russischen Medien diametral gegenüberstanden.

Die Veranstaltung wurde ca. 1500 Mal angesehen (Facebook und YouTube zusammengenommen).

Recherche

Im Jahr 2020 hat die Initiative eine Recherche zu dem Thema „Russische Einflussnetzwerke in Deutschland und deren Akteure“ durchgeführt. Die Recherche wurde sowohl intern benutzt als auch geteilt mit den Kooperationspartnern der Initiative Quorum.

Seit geraumer Zeit betreibt Russland eine aktive Politik der Instrumentalisierung der russischsprachigen Minderheiten in verschiedenen Ländern. Deutschland fällt allein schon aufgrund der Größe der Community eine besondere Bedeutung zu. Im Zuge ihrer Arbeit ist die Initiative Quorum mehrmals unterschiedlichen Formen der Einflussnahme Russlands begegnet. Es erschien wichtig, einen Überblick über die mit Russland verbundenen Personen und Institutionen zu gewinnen, die in Deutschland einen Einfluss auf die postsowjetische Migrantengemeinschaft ausüben. Die Recherche wurde vom Politikwissenschaftler Alexander Morozov durchgeführt. Sein Dossier erfasst die wichtigsten Akteure der russischen „Landsleute“-Politik in Deutschland, beleuchtet ihre Hintergründe, systematisiert ihre Aktivitäten und ihre Kooperationen miteinander und mit deutschen Einrichtungen und Figuren des öffentlichen Lebens.

Bildungsveranstaltung

2020 setzte die Initiative Quorum eine Bildungsseminar zu dem Thema "Journalistische Neutralität und politisches Framing - wie die Wortwahl das Bild der Welt bestimmt" um.

Dieses Seminar wurde in Kooperation mit dem Bundesverband russischsprachiger Eltern BVRE e.V. organisiert und fand mit 12 Teilnehmern (Multiplikatoren aus Berlin und Nordrhein-Westfalen) im Zoom statt. Der Journalist und Politikwissenschaftler Boris Schumatsky zeigte den Teilnehmern, wie Verdrehungen von Fakten und Framing für politische Zwecke genutzt werden können und wie sie unsere Meinungsbildung beeinflussen. Die Seminarteilnehmer haben an aktuellen Beispielen aus russischen und deutschen Medien gelernt, politisches Framing und manipulative Darstellungen zu erkennen.

Im zweiten Jahr ihres Bestehens ist es der Initiative Quorum dank der Modellförderung durch die Bundeszentrale für Politische Bildung gelungen, zu einer bereits etablierten Größe im Bereich der politischen Bildung und der gesundheitlichen Aufklärung für die Zielgruppe der in Berlin lebenden Personen mit Migrationshintergrund aus der ehemaligen UdSSR zu werden.

Mitgliedschaften und Kooperationen

Der Europäische Austausch ist Mitglied in folgenden internationalen Netzwerken:

Global Network of Domestic Election Monitoring Network, GNDEM

Civil Society Forum EU – Russia

Civil Society Forum Eastern Partnership

European Partnership for Democracy

MitarbeiterInnen

Der Europäische Austausch hat derzeit elf festangestellte MitarbeiterInnen im Berliner Büro. In der Ukraine und in Litauen arbeiten jeweils drei MitarbeiterInnen in Partnerstrukturen an gemeinsamen Kooperationsprojekten mit den einzelnen Programmen des Europäischen Austausch gGmbH.

Berlin, März 2021

Stefanie Schiffer
Geschäftsführerin